



Foto: Daniel Ernst – Fotolia.com

Joerg Hensiek

Wege in die Arbeitswelt öffnen

In der Flüchtlingsfrage erscheinen die Herausforderungen größer als gedacht. Nur abgestimmte Integrationsmaßnahmen können aus dem Problem eine Chance werden lassen. Als Schlüssel zur Integration von geflüchteten Menschen gilt der Zugang zu Ausbildung und Arbeit.

Der 4. September 2015 markierte den Beginn einer der größten gesellschaftlichen Herausforderungen für dieses Land seit der Wende. Die Worte der Bundeskanzlerin: „Wir schaffen das!“ wurden zum vielzitierten Slogan des Aufbruchs. Im Laufe eines Jahres kamen seitdem über eine Million Menschen aus Nahost und Afrika, aber auch aus den Balkanländern nach Deutschland. Im Herbst des vergangenen Jahres entstand auch der Begriff „Willkommenskultur“ und damit verbunden war die Hoffnung auf Lösungen der durch den demografischen Wandel verursachten Zukunftsprobleme und des akuten Fachkräftemangels.

Qualifikationsniveau

Ein Jahr später ist der Optimismus einer allgemeinen Ernüchterung gewichen. Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, be-

nannte im April ein Problem: „Zehn bis 15 Prozent der Flüchtlinge sind richtig gut qualifiziert, die kriegen wir schnell in Arbeit. Daneben gibt es aber viele, die werden unseren Standards nicht gerecht.“ Eine im Mai 2016 vom Bundesamt für Migration vorgelegte Studie kam zu dem Ergebnis, dass es bei den Flüchtlingen eine sehr große Bandbreite hinsichtlich des Bildungsniveaus gibt. Etwa ein Fünftel der Asylbewerber hat als höchste Ausbildungseinrichtung eine Hochschule oder Universität besucht. Weitere 20 Prozent haben ein Gymnasium, ein Drittel hat eine Mittelschule und weitere 22 Prozent haben lediglich eine Grundschule besucht. Sieben Prozent haben keine Schulbildung. Weiterhin stellte die Studie fest, dass das Bildungsniveau der Frauen im Vergleich zu den Männern um einiges geringer ausfällt und dass Flüchtlinge aus Syrien und Iran im Durch-

schnitt ein wesentlich besseres Bildungsniveau haben als solche aus den Balkanländern und Schwarzafrika. Die Ergebnisse der Studie beruhen aber hauptsächlich auf Angaben der Flüchtlinge, nur in wenigen Fällen auf beglaubigten Dokumenten. Darüber hinaus ist schwer einzuordnen, ob die Leistungsstandards vergleichbar sind.

Im März 2016 konnte bezüglich der Arbeitsmarktchancen der Flüchtlinge eine erste vorläufige Bilanz gezogen werden. Damals arbeiteten aus den acht wichtigsten nichteuropäischen Herkunftsländern der Flüchtlinge rund 96.000 Menschen in sozialversicherungspflichtigen Jobs. Jeder Vierte davon war in der Leiharbeit beschäftigt, gefolgt von Angestelltenverhältnissen in der Gebäudereinigung, Wachdiensten, Gastronomie, Handel, Logistik und der Gesundheits- und Sozialbranche. Bis zum Spätsommer dieses Jahres hat sich

diese Zahl immerhin auf rund 130.000 erhöht (Zahlen schwanken je nach Quelle).

Höher als angenommen ist der Anteil der Analphabeten und Menschen mit lediglich einer Volksschulbildung selbst bei Syrern und Iranern. Allerdings gibt es nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auch für diese Geringqualifizierten Hoffnung. Das Institut schätzt, dass es in Deutschland derzeit rund 154.000 Jobangebote gibt, die von gering qualifizierten Flüchtlingen besetzt werden könnten.

Die Experten aus Politik und Wissenschaft sind sich zumindest in einem Punkt einig: Nur eine noch bessere Bildung und Ausbildung sind der Königsweg zur Lösung der Herausforderung. So sagte der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), Friedrich Hubert Esser, Anfang des Jahres: „Bildung und Qualifizierung sind nach dem ersten humanitären Schutz die entscheidenden Handlungsfelder, um Geflüchtete mit Bleibeperspektive in unsere Gesellschaft zu integrieren.“

Aus Fehlern lernen

Denn die Fachleute sehen, dass sich die größtenteils fehlende spezifische Förderung in Schule und beruflicher Bildung der Kinder und Enkel der Gastarbeitergeneration jetzt rächt. In Berlin zum Beispiel haben 75 Prozent der jungen türkischstämmigen Menschen keinen Schulabschluss, 50 Prozent sind arbeitslos. In Gesamtdeutschland hatten 2013 rund ein Drittel aller auf Hartz IV angewiesenen Personen einen Migrationshintergrund, obwohl diese Personengruppe nur 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht.

Trotzdem stellte sich Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik bis zum Sommer nur zögerlich auf die neue Situation ein. Das Beispiel der gerade einmal 54 festgestellten Flüchtlinge in den DAX-Unternehmen ist dafür ein trauriges Symbol. Die Wirtschaft, die laut Umfragen zu 70 bis 80 Prozent einer Beschäftigung von Flüchtlingen positiv gegenübersteht, sah in bürokratischen Auflagen, fehlender rechtlicher Sicherheit und in Sprachproblemen die Gründe für die bislang gezeigte

Einstellungspraxis und forderte ein größeres Engagement des Staates bei der Bewältigung dieser Einstellungshürden.

Parallel dazu riefen Bildungsexperten dazu auf, schulische und berufliche Qualifikationen bereits im Asylverfahren zu ermitteln, Menschen mit hoher Bleibeperspektive bereits während des Asylverfahrens Zugang zu allen Integrationsangeboten wie Sprachkursen zu gewähren und nach einem positiven Asylbescheid auf die Kompetenzen der Flüchtlinge zugeschnittene berufliche Integrationsmaßnahmen zu etablieren.

Integrationsgesetz

Das im August verabschiedete neue Integrationsgesetz ging auf fast alle diese Forderungen ein und markiert trotz aller Unzulänglichkeiten eine positive Wendemarke in der Behandlung von Flüchtlingen. Folgende Punkte sind in Hinsicht auf die Beschäftigungsförderung vor allem relevant:

- Es werden durch den Bund 100.000 Arbeitsmöglichkeiten in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) geschaffen. Bereits vor Abschluss des Asylverfahrens können Flüchtlinge damit niedrigschwellig an den deutschen Arbeitsmarkt herangeführt werden.
- Ausbildungsbegleitende Hilfen, die assistierte Ausbildung und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen werden je nach Zielgruppe früher als bisher zur Verfügung stehen und die Berufsausbildungsbeihilfe sowie das Ausbildungsgeld teilweise erstmalig geöffnet.

- Die Vorrangprüfung wird befristet für drei Jahre bei Asylwerbern und Geduldeten ausgesetzt und damit auch die Tätigkeit in Leiharbeit ermöglicht.
- Der Aufenthaltsstatus von geduldeten Auszubildenden in schulischer und betrieblicher Ausbildung wird so geregelt, dass eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung gelten wird. Bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei weitere Jahre erteilt („3+2-Regel“). Auch wenn keine direkte Anschlussbeschäftigung gefunden wurde, wird es für eine Dauer von sechs Monaten eine Duldung zur Arbeitsplatzsuche geben.

Staatliche Programme

Das Paket, mit dem die Bundesregierung Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt beziehungsweise in die berufliche Ausbildung bringen will, besteht einerseits aus bewährten, nicht unbedingt nur auf Menschen mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund fokussierten Programmen. Dazu gehören die „Bildungsketten“, die während des Übergangs von der Schule in den Beruf Jugendlichen berufliche Orientierung geben sollen, sowie das Programm KAUSA, bei dem Unternehmer für die Beschäftigung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gewonnen werden sollen.

Speziell als Reaktion auf die Flüchtlingswelle wurden andererseits zwei Programme aufgelegt: Die „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM) laufen seit August bis Ende 2020. Sie ermög-

Hilfreiche Links mit Informationen für Ausbildungsverantwortliche unter www.bub-agrar.de



Foto: Ingo Bartussek – Fotolia.com

Große Hemmschwelle: mangelnde Deutschkenntnisse

lichen Flüchtlingen, bereits während des Asylverfahrens Arbeitserfahrungen zu sammeln. Angeboten werden mit den Ein-Euro-Jobs vergleichbare Tätigkeiten (die Teilnehmer erhalten 80 Cent pro Stunde sowie Fahrt- und Verpflegungskosten), die ausschließlich „wettbewerbsneutral“ und „im öffentlichen Interesse“ sein sollen, also beispielsweise Einkaufshilfen für ältere Menschen oder unterstützende Tätigkeiten in städtischen Großküchen, Asylantenheimen oder anderen öffentlichen Einrichtungen.

Bei der „Berufsorientierung für Flüchtlinge – BOF“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks erhalten junge Flüchtlinge Einblicke in die Ausbildungspraxis der Handwerksberufe. Während der gesamten Maßnahme werden sie fachsprachlich qualifiziert und von einem Projektbegleiter individuell unterstützt. BOF gliedert sich in Lehrwerkstatt-Tage und anschließende Betriebsphasen. Sie ist Teil der gemeinsamen Qualifizierungsinitiative „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“, durch die bis zu 10.000 junge Flüchtlinge eine Chance auf eine Ausbildung im Handwerk erhalten sollen.

Chance Agrarbranche?

Eine Möglichkeit der Beschäftigung von Flüchtlingen erscheint in der öffentlichen Diskussion bislang kaum. Dabei liegt sie auf der Hand: Viele der geflüchteten Menschen stammen aus ländlichen Gebieten, waren vielleicht dort in der Landwirtschaft beschäftigt und könnten somit in deutschen Betrieben Fuß fassen. Doch dürfe man sich auch hier keine Illusionen machen, dass ungelernete Kräfte schnell ihre Nische finden, wie Martin Lambers vom Deutschen Bauernverband (DBV) betont: „In der beruflichen Beratung der Flüchtlinge muss hervorgehoben werden, wie wichtig eine abgeschlossene Berufsausbildung in der Branche ist. So gibt es in der deutschen Landwirtschaft nur wenige Arbeitsplätze für An- und Ungelernte.“

Zunächst sollten die konkreten Interessen und Voraussetzungen des infrage kommenden Personenkreises bekannt sein, um die Basis für eine erfolversprechende Be-



Özlem Erdem-Wulff (links) und das Koordinatoren-Team von „Land in Sicht! Arbeit für Flüchtlinge!“ wollen die bestehende Beratungslücke schließen.

Foto: Der PARITÄTISCHE Schleswig-Holstein

rufqualifizierung der Flüchtlinge zu erreichen. Lambers: „Diese sind bislang noch nicht ausreichend erkennbar, weshalb gut gemeinte Appelle und kurzfristige Förderprogramme weder den Flüchtlingen und ihren Arbeitsplatzperspektiven helfen noch die Angebote aus der Wirtschaft erhöhen.“

Grundsätzlich sei es zwar so, dass landwirtschaftliche Betriebe gerne Flüchtlinge beschäftigen würden, meint Özlem Erdem-Wulff vom schleswig-holsteinischen Netzwerk „Mehr Land in Sicht! Arbeit für Flüchtlinge!“. Sie benennt wesentliche Faktoren, die eine Vermittlung immer noch erschweren und Betriebe abschrecken: komplizierte ausländerrechtliche Regelungen, mangelnde Qualifikationen und unzureichende deutsche Sprachkenntnisse der Flüchtlinge.

Den Flüchtlingen wiederum fehle eine umfassende Beratungsunterstützung von den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Sie würden lediglich vermittelt und eventuell noch über Ansprüche auf Förderinstrumente beraten. Es existiert also eine Beratungslücke, die durch Netzwerke wie „Mehr Land in Sicht! Arbeit für Flüchtlinge!“ geschlossen werden müsse, meint Erdem-Wulff. Dieses vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein und dem dortigen Flüchtlingsrat koordinierte Netzwerk arbeitet seit Juli 2015 (bis Juni 2019) mit sechs Teilprojekten im Rahmen des Handlungsschwerpunkts „Integration von Asylbewerbern und Geflüchteten“ (IvAF) der Integrationsrichtlinie des Europäischen Sozialfonds (ESF). Erdem-Wulffs vorläufige Bilanz ein Jahr nach dem Start des Netz-

werks: „Damit eine Beschäftigung möglich ist, muss eine breite Vernetzung aller Akteure gegeben sein. Vernetzung auf genereller Ebene ist wichtig, aber eine konkret die Flüchtlinge unterstützende Kooperation ist noch wichtiger. Das ist im Moment aber auch bei uns in Schleswig-Holstein leider noch nicht flächendeckend gegeben.“

Breites Engagement

Die Bereitschaft zum Engagement in der Flüchtlingsfrage ist branchenübergreifend da. Das zeigen Kooperationen der Privatwirtschaft wie die Initiative „Wir zusammen“, ein Netzwerk von 120 deutschen Unternehmen, das immerhin schon 490 Flüchtlingen Festanstellungen und weiteren 750 Ausbildungsplätze gegeben hat. Und in einer im Frühjahr dieses Jahres vom BIBB durchgeführten Befragung unter 1.570 klein- und mittelständischen Ausbildungsbetrieben sahen rund 40 Prozent der befragten Unternehmen in der Ausbildung von Geflüchteten Chancen für die deutsche Wirtschaft insgesamt und für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses im Besonderen. Fast jeder zehnte Betrieb habe laut dieser Umfrage zwischen Anfang 2015 und Anfang 2016 bereits von sich aus Ausbildungs- und Praktikumsmöglichkeiten für Geflüchtete angeboten.

In einem Jahr wurde also viel in die Wege geleitet. Eines ist angesichts der Mammutaufgabe klar: Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um aus dieser Herausforderung eine Chance oder sogar einen Gewinn für alle Beteiligten zu machen. ■



**aid-Heft
Einkaufshilfe
Deutsch/Arabisch**
46 Seiten
10,5 x 15 cm
10-Pack 3 Euro
+ Versandkosten
Erstauflage 2016
Bestell-Nr. 1725

Der Autor



Dr. Joerg Hensiek
Freier Journalist, Bonn
jo.hensiek@web.de